Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Diedrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesaler. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Marowski. —

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg Montmartre et 21 Passage Verdeau; Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Jaschman & Frandler in Warschau, Senatorengasse 22.

Abend-Ausgabe.

Nr. 443. **Berlin, Mittwoch den 22. September 1880.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen unserer Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint

12 Mal wöchentlich;

sie ist die einzige, in Morgen- und Abendausgabe erscheinende konservative Zeitung Berlins, und beträgt das Abonnement für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntagsbeilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie **Mk. 7,50.**

Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Potsdam von **A. H. Pusch**, Canal Nr. 19, in Brandenburg a./H. bei **H. Gospodar**, Schützenstr. 37, in **Berlin** von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von **Mk. 7,50** und von der Expedition der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", **SW. Wilhelmstraße Nr. 32**, entgegen genommen.

Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.

Unter Kreuzband bei **täglich zweimaliger Versendung** beträgt der Abonnementspreis der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**" für das Vierteljahr:

In Deutschland, Oesterreich und Ungarn ℳ 13,00.
Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 5 ₰ beträgt, ℳ 16,50.
Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 ₰ beträgt, ℳ 25,00.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 22. September.

Welche parlamentarische Majorität wäre die wünschenswertheste? — nicht im Interesse der Parteien, sondern des Landes und Reichs!

Die liberalen Sezessionisten erblicken alles Heil der Zukunft in der großen liberalen Partei, welche mit der Herrschaft im Parlament zugleich die Regierung an sich reißen könnte. Von anderer Seite hofft man auf eine konservativ-liberale Majorität, welche in der Verständigung mit der Regierung die praktischen Aufgaben einer nationalen Politik fördern werde.

Die Wünsche und Berechnungen gehen also ziemlich weit auseinander, und da man wohl weiß, daß das Wünschenswerthe nicht immer das Mögliche ist, fragt man: welche Kombination die meiste Aussicht auf Erfolg habe?

Was nun die „große liberale Partei" betrifft, so glauben wir, daß die Faiseurs bald genug Gelegenheit haben werden, den Spruch des alten griechischen Philosophen zu bedenken, welcher sagte: „Thoren begreifen nicht, um wie viel die Hälfte mehr werth ist, als das Ganze."

Unser ganzes Parteileben krankt an seinem Ursprunge. Es ist aus der politischen Spekulation hervorgegangen, nach fremdem Muster und Doktrinen gemeißelt worden, lange bevor es zu einer **politischen Arbeit** berufen wurde. Dies gilt namentlich von dem **Liberalismus**, welcher mit seinen Theorieen etwas — Ungeheuerliches ist und dessen Thesen daher Streitpunkte sind, welche die Diskutirlust erwecken. Ueberdies sorgen die Sezessionisten selber dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Um das Manchesterthum, dessen Konsequenzen sie in vollem Umfange ziehen möchten, zu fördern, machen sie dasselbe zu einem liberalen Glaubensartikel und versuchen einem Theile der politisch Liberalen Gewalt anzuthun. Sie verpflanzen den Widerspruch der Meinungen und Interessen in das eigene Lager.

Was aber die Möglichkeit einer konservativ-liberalen Majorität betrifft, so hat diese um so mehr Chancen, als sie bei vielen wichtigen Fragen bereits als **Wirklichkeit** ins Leben getreten ist, unbekümmert um die Behauptung, daß „liberal" und „konservativ" — Gegensätze sind, welche sich ausschließen. Die Ausgleichung ist eben in der Rücksicht auf das **praktische** Bedürfniß gefunden worden, über welches verständige Männer sich wohl verständigen können, wenn Einsicht und guter Wille nicht durch den Nebel der Schulmeinungen getrübt sind. Die konservativ-liberale Majorität ist aber nicht blos möglich, weil sie bereits **wirklich** vorhanden war; sie wird um so größer und verläßlicher werden, je mehr die Wähler darauf halten werden, die Kandidaten, welche sich ihnen vorstellen, nicht nach dem denselben ausgestellten Parteizertifikat, sondern nach ihren persönlichen Eigenschaften zu prüfen. Die künftigen Landes- resp. Volksvertreter würden natürlich immer das Recht behalten, sich in eine liberale und eine konservative Gruppe abzusondern; so lange die jetzigen Parteibezeichnungen, welche schon so viel Verwirrung angestiftet haben, beibehalten werden: die **Mehrheit** aber würde aus den **verständigen** Leuten beider Parteien bestehen und es den Extremen rechts und links überlassen, als Prinzipienreiter auszuschwärmen.

Vielleicht zuckt man die Achseln zu der Möglichkeit, welche wir ins Auge fassen; aber die Verhältnisse kommen ihr erfahrlich zu Hülfe. Die Sezessionisten versuchen es noch einmal mit dem oft erprobten Zauberwort: **Reaktion!** Reaktion überall!

Sie vergessen, daß die Noth beten lehrt, zugleich aber auch die moralische Kraft zur Selbsterlösung steigert.

Die Nation hat die Quelle der Noth, von welcher sie sich bedrückt fühlt, in dem zur Herrschaft gelangten Prinzip des laissez faire gefunden; schlimm genug für die Sezessionisten, wenn sie den Liberalismus in dem Manchesterthum aufgehen lassen wollen. Die Verständigen aller Parteien aber werden sich fragen: wie ist den Uebeln zu steuern, welche das Manchesterthum gebracht hat?

In einer Besprechung der zu Hannover am 19. stattgefundenen **Versammlung der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover** sagt die **Provinzial-Korrespondenz:**

„Die bedeutendste der gehaltenen Reden war die des Herrn v. Bennigsen. Dieselbe beweist, daß der Führer der nationalliberalen Partei mit den vor acht Tagen gegebenen Ausführungen der „Provinzial-Korrespondenz" sich in wesentlicher Uebereinstimmung befindet.

Die „National-Zeitung" hatte sich gegen den Artikel der „Provinzial-Korrespondenz" über den Gegensatz von liberal und konservativ in Deutschland" gewendet. Dieser Artikel war gegen einen Artikel der „National-Zeitung" über die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens von Konservativen und Liberalen gerichtet. Aber der Artikel vermeidete sich nicht an die von der „National-Zeitung" vertretene Gruppe, sondern an die Nationalliberalen, um den letzteren eine Verständigung mit den Nationalkonservativen an das Herz zu legen: eine Verständigung, aber nicht eine Abdankung und selbstständige politische Partei, was die „National-Zeitung" unrichtig als den Sinn der bezüglichen Ausführung angegeben hat. Die „National-Zeitung" findet in dem Artikel der „Provinzial-Korrespondenz" „wenig substantionellen Inhalt" und kann nicht „einsehen, was diese Auslassung bezwecken kann." Sie bleibt dabei, daß konservativ und liberal Gegensätze seien, von denen der eine welchen muß, wo der andere sich geltend macht. Die „National-Zeitung" verschweigt aber ihren Lesern den Ausgangspunkt der „Provinzial-Korrespondenz". Dieser war und ist nämlich, daß bei der Zersplitterung des Parteilebens in Deutschland und bei der nicht wegzuleugnenden Thatsache, daß eine Reihe der bestehenden Gegensätze sich nicht innerlich mit einander ausgleichen, sondern nur durch die stärkere Hand des Gemeinwesens in den Schranken des nationalen Zusammenlebens gehalten werden können, den nationalgesinnten Parteien das patriotische Gewissen, wenn dessen Stimme gehört wird, unabweisbar vorschreiben muß, sich nur über sachlich ganz unbedeutende Differenzen zu trennen." Bei den deutschen Parteiverhältnissen ist wenig Aussicht gegeben, daß eine der vorhandenen, sich immer noch weiter spaltenden Parteien in den großen Vertretungskörpern die Mehrheit für sich erlangen werde. Wenn also nicht einmal diejenigen Parteien zum positiven Zusammenwirken gelangen würden, welche darin einig sind, daß vor Allem der nationale Gedanke in Pflege und praktischen Sicherung in der Fortbildung unserer Institutionen und Gesetze bedürfe, wie sollte dann eine positiv wirkende Mehrheit jemals zu Stande gebracht werden können? Die jetzt gebildete Gruppe, die sich noch keinen Namen gegeben, wird bei dem, dem linken Programm verfolgten Streben, die Regierung in Abhängigkeit von den Parteien zu bringen, den Beistand aller Elemente der immerwährenden Opposition finden. Aber es ist nicht daran zu denken, aus dieser Opposition auch nur vorübergehend eine positiv arbeitende Majorität zu gewinnen.

Wenn die „National-Zeitung" also nicht weiß, was die Auslassung der „Provinzial-Korrespondenz" bezweckt hat, so möge wiederholt werden, was für andere Leser wohl deutlich genug gesagt war: daß die „Provinzial-Korrespondenz" an die Pflicht der nationalen Konservativen und Liberalen erinnern wollte, ungeachtet ihrer Differenzen auf die Bildung einer positiv arbeitenden Majorität Bedacht zu nehmen. Diese Erinnerung ist durch die allseitig zugestandene Thatsache gerechtfertigt, daß für die Bildung einer solchen Majorität aus anderen Elementen keine Aussicht vorhanden ist. Das Programm der Sezessionisten, sowie die Auseinandersetzungen ihrer Blätter gestehen dies überall zu, indem sie die Wähler zur Schaffung einer die Unterschiede des Liberalismus auslöschenden großen liberalen Partei auffordern. Dem gegenüber hat kürzlich eine Versammlung der Fortschrittspartei in Königsberg sich dahin ausgesprochen: es komme nicht auf die Schaffung einer großen liberalen Partei, sondern nur einer liberalen parlamentarischen Mehrheit an, welche ja auch aus verschiedensten Gruppen sich zusammensetzen könne. Welchen Gruppen dann aber die Führung zuzufallen pflegt, darüber giebt die Geschichte hinlänglichen Aufschluß."

Zu der so oft widerlegten und doch stets wieder vorgebrachten falschen Behauptung der Manchesterpresse, die **Traditionen des alten preußischen Beamtenstandes** seien **freihändlerische** gewesen, konstatirt eine aus sachverständigen Sphären an uns gerichtete Zuschrift, daß die preußischen maßgebenden Beamten in 1818 fast ohne Ausnahme für Freigebung des **inneren** Verkehrs, aber für Schutzzoll dem Ausland gegenüber waren, zu einer Zeit, wo im allgemeinen schon die hohen Transportkosten hier hohen Schutz und da Prohibitivzoll schafften, während heute gerade die ungeheure Frachtermäßigung und ganz besonders auf weiten Strecken den früheren durch Frachtkosten gebildeten Schutz ganz oder fast ganz beseitigt hat.

Dann waren auch die preußischen Beamten, welche den Zolltarif von 1843/45 festgestellt haben, doch ganz gewiß keine Freihändler, denn sie setzten die stellenweise bedeutenden Zollerhöhungen trotz der heftigsten Opposition mancher Industriezweige, wie der Weber gegen die Garnzölle, fest. Schon damals 1843 erklärten die Weber des Wupperthals und Krefelds, daß ihr Export durch die höheren Garnzölle vernichtet sei, und thatsächlich haben die sogenannten blühenden rheinischen Weberindustrien eben von 1845—1865 ihre kolossale Ausdehnung erfahren! Allerdings hatten sie hohe Gewebezölle für den heimischen Markt. Thatsächlich haben wir aber seit Ermäßigung der Gewebezölle von 1865 nicht mehr die gleiche Blüthe gehabt, man klagte ja ganz gewaltig, trotzdem die Garnzölle 1865 ermäßigt worden waren. Und wieder seit Erhöhung der Garn- und Gewebezölle in 1879 haben wir wieder die frühere Blüthe zu verzeichnen!

Rundschau im Auslande.

Die Situation im **Orient** entwickelt sich anscheinend konsequent in der Richtung auf jene Eventualität hin, welche nothgedrungen zu einer maritimen Intervention der in den adriatischen Gewässern versammelten Eskadres führen muß. Noch sind die Würfel der unwiderruflichen Entscheidung nicht gefallen, und, wenn man den in hervorragenden Organen der Tagespresse vertretenen Anschauungen glauben darf, hätte es die Pforte auch jetzt noch in der Hand, durch unverzügliche Abtretung **Dulcignos** an Montenegro alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die bisherigen Leistungen des türkischen Bevollmächtigten Riza Pascha sind allerdings nicht darnach angethan, jetzt noch vertrauensseligen Anwandlungen Raum zu geben.

Auf dem zweiten Krisen-Schauplatz, **Frankreich**, läßt die Herstellung normaler ministerieller Zustände noch immer auf sich warten. Inzwischen verwahrt sich „La Rép. franç." sehr energisch gegen die Behauptung, als könne der Rücktritt des Herrn de Freycinet von der Leitung der auswärtigen Politik auch nur zu den geringfügigsten Bedenken Anlaß geben.

„In einem Lande — sagt das Blatt — wo, wie in Frankreich, die öffentliche Meinung entschlossen, aber würdig für den Frieden eintritt, kann der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wer immer er sei, lediglich die Friedenspolitik zur Anwendung bringen, welche andere vor ihm präkonisirt haben. Jede gegentheilige Behauptung ist ein Fallstrick oder eine Lüge. Frankreich will den Frieden, und will ihn vermittelst des ununterbrochenen Einvernehmens der Mächte bezüglich aller zur Sprache stehenden Fragen, vermittelst möglichster Unterstützung des europäischen Konzerts, außerhalb dessen es nur Gefahren und Unbeständigkeit giebt."

„Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen", aber die „Rép. franç." findet für ihre Versicherungen nicht überall bedingungslosen Glauben.

„Das quasi amtlich sich geberdende Organ Gambetta's, — lesen wir im Wiener „Fremdenbl." — mag allerdings mit einigem Recht behaupten, daß „die auswärtigen Fragen in den zahlreichen Ministerberathungen der letzten Tage zu keiner Debatte Anlaß gaben", es wird aber schwerlich Jemanden dazu überzeugen, daß der Rücktritt des Herrn von Freycinet an und für sich unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen nicht ohne Rückwirkung auf die internationalen Beziehungen zwischen Frankreich und den auswärtigen Mächten bleiben wird."

Die **Manöverreise**, welche Kaiser Franz Josef von **Oesterreich** nach Galizien unternommen, wird von der öffentlichen Meinung der Provinz als ein werthvoller Gewinn für die Konsolidirung der inneren politischen Verhältnisse betrachtet. So sagt der Krakauer „Czas" in einem Artikel über die galizische Kaiserreise, bei derselben habe sich die im gegenwärtigen wichtigen Augenblicke hervorragende Stellung der Polen in der österreichischen Monarchie, sowie die Kräftigung der autonomistischen Grundsätze der jetzigen Regierung manifestirt. Der „Czas" behauptet entschieden, die Kaiserreise sei das Werk des Ministers Grafen Taaffe gewesen, der alle bis zum letzten Augenblicke vorhanden gewesenen Hindernisse derselben energisch beseitigt habe. Durch die Kaiserreise sei somit auch das gegenwärtige Kabinet befestigt worden.

Die „Engl. Korr." berichtet, **Kaiser Wilhelm** habe dem Präsidenten des **egyptischen** Ministerraths, Riaz Pascha, den Rothen Adlerorden 1. Klasse und Blum Pascha denselben Orden 2. Klasse verliehen.

In der **argentinischen Konföderation** folgt ein Staatsstreich dem andern. — Aus **Buenos Ayres** wird dem Reuter'schen Bureau über Lissabon vom 24. August gemeldet, daß die Nationaltruppen am 21. d. M. in die Provinzialkammern drangen, die Abgeordneten mit dem Bajonnet vertrieben, die Thüren mit doppelten Wachtposten besetzten und die Legislatur auf Befehl der Nationalregierung schlossen. Eine große Menschenmasse versammelte sich in der Calle Peru, aber Ruhestörungen fanden nicht statt. Die Senatoren und Abgeordneten verfügten sich nach dem Stadthause, woselbst sie eine Sitzung hielten und ein Manifest erließen, daß jedoch keine öffentliche Kundgebung hervorzurufen vermochte. Präsident Avellaneda sandte später die Schlüssel der Kammer an den Gouverneur Moreno, der deren Annahme verweigerte. Die Stadt ist vollkommen ruhig, und General Gusfillos, der nationale „Interventor", hat die vollständige Gewalt in der Stadt und Provinz in seine Hände genommen und seine Bureaux in dem Provinzial-Regierungsgebäude etablirt. Gouverneur Moreno und seine Minister haben noch nicht ihre Demission gegeben, es wird dies aber binnen Kurzem erwartet.

Der eben versammelt gewesene Ausschuß des **Zentralverbandes deutscher Industrieller**, über dessen Plenarsitzung wir im Morgenblatt ausführlicher berichten werden, hat, wie wir erfahren, u. a. auch beschlossen, über die **Währungsfrage** von seinen Mitgliedern Gutachten einzuziehen. Bei Erörterung dieser Frage im Schoße des Ausschusses sollen für die reine Goldwährung nur vereinzelte Stimmen eingetreten sein, deren Gewicht übrigens auch noch durch besondere Verhältnisse verringert wird. Ferner gedenkt das Direktorium des Verbandes in verschiedenen Theilen Deutschlands von Mitgliedern der verschiedenen Industriezweige den von Herrn Mosle vorgeschlagenen Entwurf einer surtaxe d'entrepot in seiner Einwirkung auf die verschiedenen Industriezweige prüfen zu lassen.

Der 7. Brandenburgische Städtetag.

(Zweiter Tag.)

Kottbus, 21. September 1880.

In der heutigen Sitzung beschäftigte sich der Brandenburgische Städtetag zuerst mit der vom Provinzial-Landtag abgelehnten Petition:

Die im Kap. IV. der Ausgabe „bis auf Weiteres" bewilligte Beihülfe zur Durchführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 mit 297,051 ℳ künftig in Fortfall zu bringen."

Referent Herr Dr. **Schneider**-Potsdam begründet seinen gestern ausgesprochenen Wunsch, diesen Gegenstand auf dem gegenwärtigen Städtetage zu erledigen, mit dem Hinweis darauf, daß eine sehr große Anzahl von Städten sich der Petition angeschlossen hatte, daß es also nicht gerechtfertigt erscheine, sich mit der abweisenden Entscheidung des Provinzial-Landtages zufrieden zu geben. Referent schlägt vor, zu dem Behufe der Gewinnung eines neuen Fundamentes für eine neue Petition an den Provinzial-Landtag möchten die Herren Bürgermeister den Vorstand mit weiterem Material versehen, damit diese Petition mit umfassenden Gründen eingereicht werden könne. Es würde sich ferner fragen, ob es im Falle der erneuten Abweisung seitens des Provinziallandtages sich nicht empfehlen würde, auf einem anderen Wege das bezeichnete Ziel zu erreichen. Als solche offenstehende Wege bezeichnet Referent die Beschwerde bei der Regierung und der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtages kaum einen Erfolg versprechende. Der Städtetag ist nach einer längeren Debatte damit einverstanden, daß mit der Petition schon jetzt vorzugehen sei, nicht aber will er die Weiterführung der Angelegenheit der Stadt Potsdam allein überlassen, wählt vielmehr die Städte Guben, Küstrin, Frankfurt a. O., Kottbus, Wittenberge und Brandenburg in die betr. Kommission.

Es folgt die Berathung über die Aufstellung der städtischen Etats nach gleicher Form und gleichen Grundsätzen. Ref. Herr Bürgermeister **Lange**-Rathenow führt aus, daß der Etat und seine Zusammenstellung einen äußerst wichtigen Faktor im Gemeindeleben bilde, und daß es von ungemeiner Wichtigkeit sei, denselben so einzurichten, daß er eine genaue Uebersicht über die verschiedenen Titel gewähre. Durch die Gleichförmigkeit der Zusammenstellung des Etats würde die Möglichkeit geschaffen werden, eine Vergleichung der Verwaltungen in ihren einzelnen Titeln mit anderen Städten anzustellen, und es sich gewiß für alle neue Erfahrungen ergeben würden. Wenn, wie jetzt der Fall, die eine Stadt einen gewissen Posten unter diesem, die andere unter jenem Titel aufführe, so sei es unmöglich eine Vergleichung zu machen. Es sei daher wünschenswerth, ein einheitliches Schema abzufassen, nach dem die dem Städtetage angehörenden Städte ihre Etats aufzustellen hätten. In Bezug auf das Kassenwesen erübrige es sich, spezielle Kassen zu führen in solchen Städten, wo besondere Kämmerer existiren. — Der Korreferent Herr Bürgermeister **Matzdorf**-Kottbus weist dem Herrn Referenten gegenüber auf die verschiedenartigen Verhältnisse hin, welche alle Vorschläge des Herrn Referenten als nicht für alle Orte geeignet erscheinen ließen. Herr Oberbürgermeister **Boie**-Potsdam bestont, daß die Regierung mit der Aufstellung eines Formulars für die Aufstellung des Etats beschäftigt, und daß dessen Erscheinen abzuwarten sei. Nach einer ferneren Debatte werden die Anträge des Referenten angenommen. Dieselben lauten:

1. Der Städtetag hält es für wünschenswerth, daß die städtischen Etats nach gleichen Grundsätzen und gleichen Formularen in der Art aufgestellt werden, daß jeder einzelne Verwaltungszweig unter einem besonderen Titel im Etat aufgeführt, bei jedem Titel die Ausgabe der Einnahme gegenüber gestellt und die Mehreinnahme oder Mehrausgabe jedes Titels am Schlusse des letzteren nachgewiesen wird.

2. Zur Feststellung der leitenden Grundsätze und eines für alle Städte verwendbaren Etatsformulars setzt der Städtetag eine aus 6 Mitgliedern bestehende Kommission ein und beauftragt dieselbe mit der Ausarbeitung des Etats zu beabsichtenden allgemeinen Grundsätzen und von den Städten geeignetes Etatsformular zu entwerfen, dasselbe allen dem Verbande angehörigen Städten zur Prüfung mitzutheilen und die nach den etwaigen Ausstellungen der betr. Städte revidirte Arbeit dem nächsten Städtetag zur Berathung vorzulegen.

Zu Mitgliedern der Kommission zur Ausarbeitung eines Formulars für die Aufstellung der Etats werden gewählt die Städte: Frankfurt a. O., Landsberg a. W., Sorau, Potsdam, Rathenow, Kremmen.

Punkt 6 der Tagesordnung betrifft die zweckmäßigste Art der Einrichtung und Fortführung der städtischen Inventarien-Verzeichnisse und Lagerbücher. Der Referent Herr Bürgermeister **Mertens**-Prenzlau bezeichnet die mangelhafte Registratur und Führung des Lagerbuches als einen vielfach empfundenen großen Uebelstand, der dazu geführt habe, daß man Umschau gehalten habe, um die möglichst zweckmäßigste Art der Behandlung dieser Dinge zu finden. Er selbst sei bei dieser Umschau auf eine sehr praktische Einrichtung in Oberlin gestoßen, und dieselbe habe sich nach ihrer Einführung in Prenzlau auch hier bewährt. Referent giebt sodann einen anschaulichen Ueberblick über die Einrichtung eines solchen Inventur-Verzeichnisses und Lagerbuches. Betreffs der Fortführung desselben empfiehlt er, im Laufe des Jahres besondere Listen zu führen und erst nach Ablauf desselben den Abund Zugang zu vermerken. Referent erläutert des Ferneren mehrere Schemata und die darin enthaltenen Positionen. Die Führung eines Inventars müsse einem besonderen Inventarien-Verwalter, die Revision einem anderen städtischen Beamten zufallen. Referent empfiehlt die Einführung solcher Inventarien nach dem erläuterten Schema. Dasselbe erscheine im Anfang etwas kompliziert, stelle sich aber als einfacher heraus, wenn erst einmal der Versuch gemacht sei. Nachdem von anderer Seite bemerkt worden, daß man recht wohl auch mit Spezialtiteln auskomme, und daß die Anstellung besonderer Inventarien-Verwalter nur unnöthige Kosten verursache, wird unter dankbarer Anerkennung der Ausführungen des Herrn Referenten die Annahme seiner Vorschläge in das freie Belieben gestellt.

Punkt 7a der Tagesordnung betrifft die Vorschläge über eine wirksamere Verfolgung des Vagabondenthums. Ref. Herr Bürgermeister **Lange**-Rathenow stellt folgenden Antrag:

Städtetag wolle behufs wirksamerer Verfolgung des Vagabondenthums beschließen, bei den hohen Staatsbehörden die Einrichtung in Anregung zu bringen, daß die wegen Bettelns und Landstreichens verfolgten Verurtheilungen an eine Zentralstelle gemeldet werden."

Referent führt aus, daß das Ueberhandnehmen des Vagabondenthums dazu angethan sei, sich nach einer Abhülfe umzusehen, weil bei dem Kampfen die Vagabonden nicht abschreckenden Strafoerfahren nur eine Verschlimmerung der Zustände zu erblicken sei. Bei der oft sich herausstellenden Unmöglichkeit, dem Vagabonden seine Vorbestrafungen nachzuweisen, sei es auch schwer, die der Korrektion zu überweisen. Zudem gelinge die raffinirte Art und Weise, in welcher die Vagabonden die bestehenden Polizeivorschriften zu umgehen wissen, zu schleuniger Abhülfe. Deswegen schlage er dem Städtetage seinen oben erwähnten Antrag zur Annahme vor. Derselbe rief eine lebhafte Debatte hervor. Man machte geltend, daß von der Ausführung desselben eine große Besserung war nicht zu erwarten sei, daß man sich aber damit begnügen müsse, indem andere Zwangsmittel nicht zu erwarten seien. Somit wurde der Antrag angenommen.

Der Referent für Punkt 7b, Herr Oberbürgermeister **Boie**-Potsdam, trägt den Entwurf des Statuts **einer Kommunal-Beamten-Versorgungskasse** vor und erläutert denselben. In der Versammlung machte sich das Einverständniß mit diesem Entwurfe geltend.

Ueber Punkt 8, **Sicherstellung im Besitzverunglückter Feuerwehrmänner freiwilliger Feuerwehren**, referirt Herr Stadtverordneter **Nommel**-Rottbus in eingehender Weise und führt aus, daß es im besonderen Interesse der Städte liege, das Institut der freiwilligen Feuerwehr zu pflegen. Ein wesentlicher Vortheil desselben sei zu finden in den billigeren Prämiensätzen, welche die Versicherungsgesellschaften in Folge der geringeren Zerstörungen bei Bränden von den Versicherten verlangen. Beispielsweise stehe er an, daß in Braunschweig 454 Feuerwehren existiren und daß die Versicherungsprämie auf 62 ₰ pro 100 ℳ gesunken sei, während in der Provinz Brandenburg bei einem versicherten Objekt von über 500,000,000 Mark noch eine Prämie von früher 44, jetzt 22 ₰ pro 100 ℳ erhoben werde. Allerdings existiren in der Mark Brandenburg nur 26 freiwillige Feuerwehren. Es gehe daher sein Antrag dahin, zu erstreben, daß die freiwilligen Feuerwehren nicht mehr wie bisher, nur gebuldet, sondern von der Kommune anerkannte offizielle Löschmannschaften seien. Der Städtetag erkannte die Wichtigkeit dieser Sache an und fichrte dem Antrage Unterstützung zu. — Der zweite Antrag, den Referent stellte, ging dahin, der Städtetag wolle für die Mark Brandenburg eine einheitliche Feuerlöschordnung schaffen und die Gründung der freiwilligen Feuerwehren fördern. Herr Bürgermeister **Mertens**-Prenzlau glaubt zwar, daß bei der Provinzialverband für die Ausarbeitung einer Feuerlöschordnung geeigneter wäre, als der Städtetag, die Versammlung aber wählte dazu nach dem Antrage eine aus den Herren Nommel, Magdorf, Kurzrock und Peters-Perleberg bestehende Kommission, welche den ausgearbeiteten Entwurf dem Vorstande des Städtetages einreichen soll. — Ein dritter Antrag des Referenten geht dahin, der Städtetag wolle durch eine Petition bei dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vorstellig werden, daß möglichst auf die Schaffung eines Gesetzes hingewirkt werde, nach welchem sämmtliche Versicherungsgesellschaften gehalten sein sollen, einen gewissen Beitrag, etwa 1 pCt. der Versicherungssumme, zu einem Feuerwehr-Unterstützungsfonds, aus dem die im Dienst verunglückten Feuerwehrleute unterstützt werden, herzugeben. Die Versicherungsgesellschaften zahlten erfahrungsgemäß nichts, wenn sie nicht dazu gezwungen würden, ja, es gäbe Versicherungen, die behaupten, die Feuerwehren seien ihnen im Wege, indem sie weniger versicher werde, weil man sich wegen der ersten Feuerwehren für geschert genug halte. Mit der Ausarbeitung einer bezüglichen Petition wird die oben erwähnte Kommission gleichfalls betraut; auch diese soll dem Vorstand des Städtetages zur Begutachtung vorgelegt werden.

Ueber einen in der Versammlung angezeigte Anträge „die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die beiden untersten Stufen der Klassensteuer in Wegfall kommen" — und „die Regierung zu ersuchen, die den Armenverbänden zu erstattenden Armen-Beerdigungskosten zu fixiren" — wird, weil dieselben nicht rechtzeitig eingebracht, zur Tagesordnung übergegangen. Ein ferneter Antrag des Herrn Oberbürgermeister **Boie**-Potsdam, betr. die Feststellung der Provinzialabgaben die wirkliche Einnahme an Staatssteuern aus dem vergangenen Jahre zu Grunde gelegt werde, wird angenommen.

Schließlich wurde als nächster Versammlungsort Perleberg bestimmt, von wo bereits die Zusage ertheilt ist; als Vorsitzender des nächsten Städtetages wird Herr Bürgermeister Berger-Perleberg fungiren.

Nach den üblichen Dankesworten — Herr Oberbürgermeister **Boie**-Potsdam dankte der Einwohnerschaft von Kottbus für die freundliche Aufnahme und Herrn Bürgermeister **Matzdorf** für die treffliche Leitung, während letzterer wieder den Versammelten für die ihm gewährte Unterstützung dankte — wurde der 7. Brandenburgische Städtetag geschlossen.

Die Naturforscher in Danzig.

Montag von 8 Uhr Morgens an bis in die ersten Nachmittagsstunden hinein tagten in ununterbrochener Reihenfolge und in zahlreichen Lokalen zugleich die Sektionen. An die Vorträge, für welche in den Sektionen ein Zeitmaß von 15 Minuten gegeben ist, knüpften sich hier und da längere interessante Debatten, und es wurde in vielen Sektionen die Tagesordnung nicht erschöpft. In der Sektion für **Mathematik, Astronomie** 2c. sprach Herr Direktor Ehlert-Danzig über die schnelle Eigenbewegung des innern Mondes im Lichte der Laplace'schen Hypothese, worauf der Vortrag des Herrn Dr. Franz-Königsberg über die auf der Königsberger Sternwarte gemachte Beobachtung von Doppelsternen folgte, an den Herr Dr. Schrader einige erläuternde Bemerkungen knüpfte. Die Sektion für **Physik** und **Meteorologie** brachte